

Freie Presse versenkt

Das neue Digitalgesetz der EU ist gefährlich

Um große Sprünge sind die Spitzen der europäischen Politik wirklich nicht verlegen, wenn es darum geht, sich selbst zu loben. Da kann gar nicht dick genug aufgetragen werden. Kaum war der „Digital Services Act“ (Digitaler-Dienste-Gesetz) vom Europäischen Parlament am Donnerstag angenommen, twitterte der Binnenmarktkommissar Thierry Breton: „Zeit, Ordnung in den Wilden Westen zu bringen – ein neuer Sheriff ist in der Stadt, der DSA“ (FAZ vom 21. Januar). Der SPD-Europaparlamentarier Tiemo Wölken (SPD) erklärte nicht minder großspurig: „Als neues digitales Grundgesetz für Europa wird der Digital Services Act die Internetgesetzgebung auf ein völlig neues Fundament stellen.“

Europa ist also endlich ganz weit vorn, zeigt es den Digitalgiganten und befreit die Internetbürger vom Joch der GAFA, wie man die Oligopolisten aus dem Silicon Valley nennt. Das mit dem Fundament darf man in der Tat wörtlich nehmen, den Konzernern werden bei illegalen Inhalten, Datenmissbrauch und personalisierter Werbung Schranken auferlegt, sie müssen Transparenzleistungen erfüllen und es den Nutzern leichter machen, sich nicht trachten zu lassen. Nur leider hat das tolle Fundament der Digitalgesetzgebung einen bedeutenen Riss: Die Pressefreiheit gilt in diesem Grundgesetz nicht. Der „neue Sheriff“ hat sie erledigt, wenn im Trilog, also der Abstimmung über das Gesetz zwischen EU-Kommission, Parlament und den Mitgliedsstaaten nicht noch etwas verändert wird.

Kann das sein? Man muss, wie stets, wenn aus Brüssel mächtiges Lamtam kommt, das Klängegedröckle lesen. Die Freiheit in Artikel 12 Absatz 1 des Digital Services Act, Artikel zwölf, buchstäblich zahlreiche Pflichten der Digitalkonzerne aus. Da heißt es zunächst: „Die Anbieter von Vermittlungsdiensten nutzen faire, diskriminierungsfreie und transparente allgemeine Geschäftsbedingungen.“ Die Anbieter von Vermittlungsdiensten verfassen diese allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, einfacher, benutzerfreundlicher und eindeutiger Sprache und stellen sie in leicht zugänglicher und maschinenlesbarer Form in den Amtssprachen des Mitgliedstaats, auf den der Dienst ausgerichtet ist, öffentlich zur Verfügung.“ So weit, so gut. Weiter heißt es: „In ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen achten die Anbieter von Vermittlungsdiensten die Meinungsfreiheit, die Medienfreiheit und den Medienpluralismus und andere Grundrechte und Grundfreiheiten, wie sie in der Charta und den für Medien geltenden Bestimmungen der Union verankert sind.“

Das klingt verbindlich und ist, wie die deutschen Verlegerverbände BDZV und VDZ in einer Presseerklärung schreiben, „besser als nichts“. Es ist „besser als nichts“, weil sich in der Vorlage der EU-Kommission gar kein Satz zur Einhaltung der Pressefreiheit fand. Aber es ist schlechter als das, was der Rechtsausschuss und der Kultur- und Medienausschuss des Europäischen Parlaments vorschlugen, nämlich ins Gesetz zu schreiben, dass die „Meinungsfreiheit“ nicht nur zu „achten“ sei, sondern, dass sie gilt, dass sie die Grundlage des Publizierens im Internet ist. Ob sie das ist, kann man angesichts der jetzigen Wortwahl des Gesetzes für Auslegungssache halten. Sie kann bedeuten, dass die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattformkonzerne über der Pressefreiheit stehen und die Konzerne nach ihrem Gutdünken entscheiden, was auf ihren Plattformen veröffentlicht werden darf und was nicht, auch wenn es sich dabei um rechtmäßige Presseveröffentlichungen handelt. Dass dies in Zensur münden kann, die der Digital Services Act in der vom EU-Parlament beschlossenen Form auch noch sanktioniert, illustrieren BDZV und VDZ mit einem markanten Beispiel: Nach seinem AGB-entscheid Facebook book beispielsweise, ob Nutzer „legale Presseartikel über die Möglichkeit eines Laborunfalls als Corona-Ursache zu Gesicht bekommen oder nicht“.

Die „Nonchalance, mit der das EU-Parlament Grundsätzen der Presse- und Informationsfreiheit für den Pressevertrieb über Monoploplattformen wie Facebook eine Absage erteilt hat“, sei „bemerkenswert“, sagen die Verbände. Die „offenbar politisch gewollte Auslieferung der Presse- und Meinungsfreiheit an das Management von Facebook & Co.“ erscheine „umso problematischer, als eine wachsende Zahl jüngerer Menschen unsere Medien praktisch ausschließlich über soziale Netzwerke rezipiert“.

Die Verbände liegen richtig. Die frühere Bundesregierung hat im EU-Ministerrat die Position vertreten, dass die Digitalkonzerne die freie Presse nicht ausschalten dürfen. Mal sehen, wie die Ampelregierung von der Pressefreiheit hält. MICHAEL HANFELD



Bürokraten der Judenvernichtung: In der Marlier-Villa am Großen Wannsee planen fünfzehn Vertreter des NS-Regimes die Ermordung von elf Millionen Menschen.

Foto: ZDF

Ein Ausbund an Verbindlichkeit

Matti Geschnonnecks Fernsehfilm über die Wannseekonferenz wirft einen Blick in den bürokratischen Abgrund des Völkermords.

Aber seiner Darstellung fehlt die nötige Schärfe.

Die Verfilmung historischer Ereignisse hat einen doppelten Effekt. Einerseits macht sie sichtbar, was nicht oder nur bruchstückhaft in Text- und Bilddokumenten erhalten ist. Andererseits bringt sie gerade das zum Verschwinden, was sie verdrängen will. Sie übermalte das reale Geschehen mit einer Fiktion. Seit Jahren wird in Deutschland lautstark über den Wiederaufbau zerstörter historischer Gebäude debattiert. Die Rekonstruktion von Geschichte im Fernsehen (und, seltener, im Kino) sieht nicht zur Diskussion. Dabei ist sie eine der zwiespältigsten Formen kollektiven Erinnerens, die es gibt.

Matti Geschnonnecks „Die Wannseekonferenz“ bietet dafür ein anschauliches Beispiel. Es ist bereits der dritte Film, der die Geschehnisse vom 20. Januar 1942 im Giebelhaus der SS am Befriher Wannsee in eine erzählerische Form zu bringen versucht. In Heinz Schürks Verfilmung von 1984 wurde Reinhard Heydrich, der Gastgeber des Treffens zwischen hohen SS-Chargen und

Vertretern verschiedener nationalsozialistischer Reichsministerien in der ehemaligen Fabrikantenvilla Marlier, von Dietrich Mattausch dargestellt, in Frank Parsons Kinofilm „Conspiracy“ von 2001 war es Kenneth Branagh. Keiner der beiden Akteure hatte große Ähnlichkeit mit dem realen Heydrich, vor allem traf keiner dessen Stimmzüge, die von Zeitzeugen als hohe, durchdringende Füstelstimme beschrieben wird. Deshalb fällt es schwer, wie üblich zu sagen, die beiden hätten die Rolle verkörpert. Sie haben sie nur gespielt.

Für Geschnonnecks „Wannseekonferenz“ ist der österreichische Schauspieler Philipp Hochmair in die Heydrich-Rolle geschlüpft. Hochmair lässt den Chef der Sicherheitspolizei und des SD und stellvertretenden Reichsprotektor für Böhmen und Mähren in einem leicht wienernähe Singesang reden, wogegen nichts spricht, außer dass Heydrich im mitteldeutschen Halle aufgewachsen ist. Schwerer wiegt der Gesang seines Auftretens. Hochmairs Heydrich ist, gemessen an nationalsozialistischen Standards, ein Ausbund an Verbindlichkeit. Der Ton, in dem er den Anwesenden im Gartensaal der Wannseevilla erklärt, die „Ausmerzungen des Judentums bis zum Ural“ sei eine „Aufgabe, die das Schicksal uns gestellt hat“, hat keinen Beigeschmack jener kalten Schärfe, für die der historische Heydrich gefürchtet war. Er passt aber auch nicht zum administrativen Umgangston des „Dritten Reiches“.

Die Wannseekonferenz, bei der die Massenvernichtung der europäischen Juden offiziell verabredet wurde, diente nicht zuletzt der Feststellung der Zuständigkeit von SS, SD und Reichssicherheitshauptamt für die „Endlösung“. Es ging um Macht, die den zivilen Vertretern der Reichsregierung mit deren Zustimmung entwunden werden musste. Der Film macht das deutlich, indem er die Anzugträger auf der einen, die Uniformierten auf der anderen Seite langen Tafel platziert. An der Kopfsite sitzt Heydrich mit seinen Paladinen. Nach der Konferenz soll er gegen seine sonstige Gewohnheit geraucht und Alkohol getrunken haben. Das Treffen, scheint es, hätte sich anders ausgehen können, etwa mit einem Einspruch des Innenstaatssekretärs Stuckart gegen die geplanten Maßnahmen. Aber von dieser Anspannung ist bei Hochmairs Heydrich nichts zu spüren. Als er die Sitzung unterbricht und Stuckart in sein Dienstzimmer bestellt, endet das Duell in einem Männergespräch über Familienmitglieder. Machtfragen wurden unter dem Hakenkreuz meistens anders geklärt. Dasselbe gilt für die Darsteller der übrigen vierzehn Konferenzteilnehmer. Sie wollen ihre Figuren für heutige Zuschauer verständlich machen, deshalb spielen sie sozusagen mit der Fratze zum Publikum. Ein Gauleiter zu einem SS-Mann: „Was macht der Osten?“ „Zu viele Juden, aber wir arbeiten dran.“ Das ist die Sprache der Comics. Am Wannsee aber trafen sich Technokraten, um die Ermordung von elf Millionen Menschen zu planen. Was das bedeutete, wird in der zweiten Hälfte des Films deutlich, als Friedrich Kritzinger (Thomas Loth), Ministerialdirektor in der Reichskanzlei, seine Berechnung vorträgt, nach der 488 Täge lang 938 Juden je Stunde erschossen werden müssten, um die „Aktion“ abzuschließen. Einen Augenblick lang leuchtet die nackte bürokratische Logik der Schöpfung auf dem Tisch, dann fangen die Drehbuchautoren Paul Mommtz und Magnus Vaitrodt den Blick in den Abgrund mit einer vernunftgerechten Volte ab, denn

Am Montag um 20.15 im ZDF

Die zwei Freunde und der giftige Frosch

Ein kluges Kind, das seinen Vater kennt: Im dritten Saarland-„Tatort“ mit Hölzer und Schürk steht ein Ermittler unter Mordverdacht

ins Koma schlug. Erst nach fünfzehn Jahren wachte Roland Schürk auf, um sich von seinem Sohn als Pflegefall den Rücken waschen zu lassen und irgendwann kichernd neben einem Psychopaten zu sitzen. Man wusste nicht, wer irrer ist.

Es lohnt sich, all dies zu wissen, bevor man „Das Herz der Schlange“ einschaltet. Der dritte Fall dreht sich nämlich fast ausschließlich um die Abrechnung zwischen Vater und Sohn. Nicht auf den ersten Blick: Eine wohlhabende Hausbesitzerin, die einen schlechten Geschmack

nicht, wir Zuschauer erklären können. Fest steht: Adam Schürk taucht unter. Er landet auf der Fahndungsliste der Polizei, weil er seinen Vater umgebracht haben soll.

Mit diesem und anderen Einfällen bleibt der Drehbuchautor, der auch hier Hendrik Hölzemann heißt, dem Charakter der ersten Episoden um Schürk und Hölzer treu – das heißt auch: Er trägt zu dick auf. Sein Versuch, den neuen Ermittler eine erinnerungswürdige, horizontal durch drei Folgen erzählte Hintergrundgeschichte zu verpassen, gelingt trotz-



Sie trauen sich als Freunde, aber nicht mehr als Kollegen: Adam Schürk (Daniel Straßer) hat sich mit Leo Hölzer (Vladimir Burlakov, links im Vordergrund) am Fluss verabredet. Ein Geheimtreffen?

Foto: SR

dpa anstelle von Springer

Agentur kuratiert nun Facebook News

Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) übernimmt das Kuratieren journalistischer Nachrichten auf Facebook. Ein Team von dpa-Redakteuren sei vom 1. April an für die Inhalte auf Facebook News zuständig, teilte die Unternehmen mit. Vertragspartner sind Meta, ehemals Facebook, und die dpa-Tochter dpa-Infocom. Bisher war für das Kuratieren der Inhalte auf Facebook News der vom Verlag Axel Springer betriebene Nachrichtengregator „Upday“ verantwortlich.

Die Entscheidung sei Ergebnis einer sorgfältigen Ausschreibung, erklärte Meta. Die Kuratoren der dpa wählen Inhalte nach journalistischen Kriterien aus und folgten den von Meta festgelegten Richtlinien. Zudem würden sie vom Kuratorenteam des Social-Media-Unternehmens beauftragt. dpa und Meta arbeiten seit 2019 schon in einem Factchecking-Programm zusammen, um gegen Fake News vorzugehen.

Geleitet wird das neue Team von Christian Rövekamp, der zurzeit noch die dpa-Themenredaktion leitet und verantwortlich ist für den Dach der dpa-Infocom stellen Rövekamp und Geschäftsführer Frank Rumpf ein Team aus erfahrenen Journalisten

zusammen, die sich ausschließlich um Facebook News kümmern. Meta betonte, die bisherige Zusammenarbeit mit „Upday“ habe maßgeblich zu einem guten Start von Facebook News in Deutschland im Mai 2021 beigetragen. Mit dem Rückzug von „Upday“ verschieft sich freilich auch der Springer-Vorstandsvorsitzende Mathias Döpfner in seiner Eigenschaft als Präsident des Zeitungsverbands BDZV etwas Luft. In Verlagskreisen war nämlich nicht gut angekommen, dass der Großverlag Springer als Kurator der deutschen Presse bei Facebook News auftrat. Facebook News besteht aus ausgewählten und personalisierten Nachrichten und wird in Deutschland, Großbritannien, Australien und den USA angeboten. Frankreich soll folgen. Zu den bei Facebook News vertretenen Presseangeboten zählt auch die FAZ. Die Deutsche Presse-Agentur wurde 1949 gegründet. Gesellschafter sind 174 deutsche Medienunternehmen. epd/FAZ

ARD und ZDF unterstützen Produktionsfirmen auch künftig bei Mehrkosten, die durch die Corona-Pandemie entstehen. Die Sender verlagerten ihre Zusagen, sich mit 32,5 Prozent an Ausfallfonds der Bundesländer zu beteiligen, bis Ende Juni. Einige Länder hatten die Verlängerung schon bestätigt, darunter Bayern, Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Der Ausfallfonds I besteht seit Anfang 2021 und beläuft sich auf 48 Millionen Euro. Pro Projekt kann die Höhe der Ausgleichsleistungen bis zu 57,5 Prozent des anerkannten Ausfallbetrags betragen, die Sender beteiligen sich mit weiteren 32,5 Prozent. P.A.Z.

Ausfallfonds

ARD und ZDF sind dabei

ARD und ZDF unterstützen Produktionsfirmen auch künftig bei Mehrkosten, die durch die Corona-Pandemie entstehen. Die Sender verlagerten ihre Zusagen, sich mit 32,5 Prozent an Ausfallfonds der Bundesländer zu beteiligen, bis Ende Juni. Einige Länder hatten die Verlängerung schon bestätigt, darunter Bayern, Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Der Ausfallfonds I besteht seit Anfang 2021 und beläuft sich auf 48 Millionen Euro. Pro Projekt kann die Höhe der Ausgleichsleistungen bis zu 57,5 Prozent des anerkannten Ausfallbetrags betragen, die Sender beteiligen sich mit weiteren 32,5 Prozent. P.A.Z.

Der Tatort: Das Herz der Schlange läuft am Sonntag, 20.15 Uhr, im Ersten.